

Kultur ist ein Staatsziel

Gespräch mit Gerhart R. Baum

Claus-Steffen Mahnkopf: Sehr geehrter Herr Baum, Deutschland befindet sich in einem rasanten gesellschaftlichen Wandel, der wohl besser als Umbau zu bezeichnen ist: Der Sozialstaat wird »reformiert«, d. h. an die neuen politischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepaßt. Das macht nicht Halt vor der Bildung, der Kultur, der Kunst und nicht zuletzt der Musik.

Udo Zimmermann erklärte kürzlich: »Die Mitglieder der Abteilung Musik der Akademie der Künste [Berlin] verfolgen mit Sorgen Entwicklungen, die die Akzeptanz anspruchsvoller Musik gefährden und eine prinzipielle Unterscheidung zwischen der sogenannten E- und U-Musik ablehnen. In Gremien wie der GEMA und dem Deutschen Musikrat, in Fachpublikationen wie dem *Musikforum* erheben sich auch seitens der Politik Stimmen, die eine Gleichbehandlung nach den Gesetzen des Marktes fordern, wie sie in den Medien schon lange forciert wird. Die U-Musik soll noch stärker als bisher materiell unterstützt werden, als wäre sie nicht ohnehin die bereits alles dominierende wirtschaftliche Kraft.«¹ Schließen Sie sich diesem Befund an? Und wenn ja: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beiden genannten Institutionen, die keine staatlichen Einrichtungen, sondern Körperschaften eigenen Rechts sind, zu bewegen, ihren kulturellen Aufgaben unter veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden?

Gerhart R. Baum: Die Kultur insgesamt, und die neue Musik insbesondere, sind in unserer Gesellschaft ständigen Gefährdungen ausgesetzt. Jetzt drohen aber angesichts der Haushaltssituation und der Strukturdebatte über die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Beschädigungen, die an die Substanz gehen. In dieser Situation wiegt es besonders schwer, wenn von den wichtigsten Musikorganisationen in unserem Lande, also vom Musikrat oder von der GEMA, zusätzlich Gefährdungen ausgehen – mit konkreten Beschlüssen, die die Grundrichtung verändern.

Um mit der GEMA anzufangen: Die Haltung der CC-Komponisten [CC = Composer's Club] überzeugt mich überhaupt nicht.² Die GEMA ist eine Organisation, in der sich alle Komponisten zusammenfinden. Eine solche Organisation gedeiht allerdings nur, wenn sie bereit ist, auch die Minderheit zu akzeptieren und aktiv zu tolerieren. Auch wenn es wohl rechtlich keinen

¹ Zit. nach: Neue Musikzeitung 2/2004, S. 8.

² Anmerkung C.-S. M.: Bei der letzten GEMA-Sitzung am 24. und 25. Juni 2003 in München wurde kein Vertreter der E-Komponisten mehr in den Aufsichtsrat gewählt. Damit wurde die Tradition, je drei Vertreter aus beiden Gruppen (»E«- und »U«-Musik) zu wählen, außer Kraft gesetzt. Möglich war dies, weil sich im Vorfeld eine Interessensgemeinschaft – »Composer's Club« – gründete und mit zahlenmäßiger Überlegenheit anreiste.

Einwand dagegen geben kann, wie die Mehrheit zustande gekommen ist, werden das gemeinschaftliche Miteinander und die Solidarität gefährdet. Das muß die Mehrheit verstehen und ihre Position überdenken. Eine Gegen-Mehrheit wird nie zustande kommen, weil die E-Komponisten immer eine Minderheit repräsentieren. Allerdings sollten sie ihre Trägheit überwinden und in den entscheidenden Versammlungen Präsenz zeigen. Nur so können sie etwas bewirken. Die Krise schwächt die Position der GEMA insgesamt, letztlich sind alle Komponisten betroffen. Die nächste Wahl ist der Prüfstand für die Zukunft der GEMA.

Mahnkopf: Sie plädieren also für die Rückkehr zu einem paritätischen Nebeneinander von E- und U-Komponisten in den Gremien, so daß beide Gruppen sich einigen müssen.

Baum: Dazu gibt es keine Alternative. Und ich bedaure, daß in den Statuten der GEMA kein Minderheitenschutz verankert ist. Dann wäre es nicht mehr möglich, mit einfachen Mehrheitsentscheidungen die Struktur der GEMA zu verändern. Niemand will diese »Composers« herabsetzen, aber ihr Tätigkeitsfeld ist ein anderes als das der neuen E-Musik. Sie müssen begreifen, wie auch andere in dieser Gesellschaft, daß die neue Musik und auch die Kultur insgesamt ein sehr verletzlich Gut ist und man nicht mit rüden Methoden des Merkantilismus in der GEMA neue Strukturen einführen kann.

Mahnkopf: Und der Deutsche Musikrat?

Baum: »Was jetzt im Deutschen Musikrat geschieht, die zur Verfügung stehenden Mittel anders zu verteilen, den Pop-Bereich kräftiger zu fördern, hinter dem naturgemäß die stärkeren Publikumsbataillone stehen, und bei der Neuen Musik die Förderung entsprechend zurückzufahren, kann so nicht hingegenommen werden.«³ Eine solche Politik fordert natürlich zur Nachahmung auf. Das ist ein ganz schlimmes Signal – vor allem, weil es aus dem inneren Zirkel der Musik kommt und nicht von anderen, die ohnehin der Kultur nicht wohlgesinnt sind. Hier zeigt sich die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz von Kultur und eine Aufweichung des Kulturbegriffs. Das ist die Hinwendung zum Kommerziellen, zum Quotendenken, zu einer Kunst, die sich rechtfertigen muß, wenn sie sich nicht rechnet. Ich kann nur die Staatsministerin Christina Weiss zitieren (im Zusammenhang mit der Popmusik hat sie sich wohl zweideutig ausgedrückt⁴) aus einem Aufsatz über Vorstellungen, was die Musikkultur vom Bund erwarten kann: »Die besondere Aufmerksamkeit sollte immer dem gelten, was es schwer hat, dem

3 Gerhard Rohde, *Die Neue Musik bedarf keiner Rechtfertigung. Bedrohliche Tendenzen und babylonisches Stimmgewirr*, in: Neue Musikzeitung 2/2004, S. 2.

4 Vgl. Christina Weiss, *Aus vielen winzigen Punkten ein Gesamtbild von Musik erstellen!*, in: Musikforum. Das Magazin des deutschen Musikrats, Oktober/Dezember 2003, S. 8f.

Neuen, dem Innovativen, dem Unangepaßten, dem Nicht-Marktgängigen, ohne die die Kunst ihre Zukunft verliert.«⁵ Dem kann man nur zustimmen. *Mahnkopf*: Im Zuge der Diskussion über die Erhöhung der Gebühren der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten werden Stimmen laut, die dieses System abschaffen wollen, andere dringen auf eine deutliche Reduzierung der Aufgaben und Freiräume, wieder andere möchten die Finanzierung an bestimmte inhaltliche Vorgaben knüpfen. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Zukunft und welche Funktionen werden ihnen in einer komplexer werdenden Gesellschaft zukommen?

Baum: Ich bin für die Erhöhung der Rundfunkgebühren, ganz prinzipiell. Ich bin der Meinung, daß wir den öffentlichen Rundfunk erhalten müssen. Ob es im einzelnen Einsparpotentiale gibt, kann ich nicht beurteilen. Ich möchte mich aber vehement dagegen wehren, daß man die Debatte über die Erhöhung mit einer Strukturdebatte über den kulturellen Auftrag verbindet, also etwa hinsichtlich ARTE und 3SAT. Aber es zeigt eben die Einstellung gewisser Ministerpräsidenten, daß sie sich nicht scheuen, die Kultur zum ersten Ziel ihrer Einsparüberlegungen zu machen. Sie diskutieren nicht über die Kosten der Samstag-Abend-Show im Fernsehen oder über die Sportlizenzen, sondern sie fangen die Diskussion beim Kulturauftrag an. Die wichtigste Rechtfertigung für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Anstalten besteht in meinen Augen darin, daß sie Aufgaben übernehmen, die auf dem Werbemarkt nicht zu verkaufen sind – also vor allem die Kultur. Im Informationsbereich ist das schon anders, wenn man zum Beispiel an NTV denkt. Dieses Alleinstellungsmerkmal in Sachen Kultur ist im übrigen eine Rechtfertigung gegenüber den zunehmenden Angriffen aus der EU und der Welthandelsorganisation, die in der Gebührenfinanzierung des öffentlichen Systems unerlaubte Beihilfen sehen.

Der Rundfunk muß sich also auf seine Kernaufgaben besinnen, und dazu gehört aus meiner Sicht die Kultur. Einige Ministerpräsidenten haben in anderem Zusammenhang eine verheerende Argumentation eingeführt. Sie haben nämlich bei der Debatte über die pauschale Kürzung der Subventionen die sogenannte Daseinsvorsorge ausgeschlossen. Sie meinen damit zum Beispiel Bildung, Mittelstandsförderung oder medizinische Versorgung. Die Kultur haben sie hier nicht aufgenommen. Im Grunde entlarven sie sich: Sie sehen in der Förderung der Kultur keine Daseinsvorsorge, sondern eine Subvention, also nicht eine Investition in die Zukunft. Ich dachte, diese Diskussion hätten wir längst hinter uns, sie ist aber voll im Gange. Das Schlimme ist, daß heute derjenige, der sich gegen Angriffe auf die Kulturför-

5 Christina Weiss, *Was die Musikkultur vom Bund erwarten kann*, in: MusikForum. Das Magazin des deutschen Musikrats, Januar/März 2004, S. 14.

derung wehrt, beweisen muß, daß diese wichtig ist, anstatt daß derjenige, der sie einschränkt, beweisen muß, warum er das unbedingt tun muß. Das ist eine fatale Beweislastumkehr.

Hans Zender schreibt: »Der ›alte‹ Kulturbegriff« – ich meine, wir sollten uns stolz zum ›alten‹ Kulturbegriff bekennen (das »alte Europa«) – »be ruht ... auf einem Primat des Schöpferischen, das sich die äußeren Verhältnisse in souveräner Freiheit erst selbst schafft und so als eine Fortsetzung der Schöpferkraft der Natur erscheint. Das so entstehende Kunstwerk ist im gleichen Sinne ›zwecklos‹ wie eine Blume oder ein Baum und deswegen auch unabhängig von der Zustimmung der Gesellschaft«. ⁶ Das ist der Ausgangspunkt, und wir müssen begreifen, daß Kultur eine Sache von Minderheiten ist und immer war. Die Mehrheit hat eine Verpflichtung, diese Minderheiten ernst zu nehmen, weil durch Kultur nicht nur die Entwicklung des einzelnen Menschen, sondern auch die Gesellschaft insgesamt gefördert wird. Kulturförderung ist nicht eine Sache des ökonomischen Standortvorteiles, auch wenn sie ihn bisweilen bewirkt. Kultur muß um ihrer selbst willen gefördert werden. Eine Gesellschaft ohne Kultur hat keine Zukunft.

Die Kulturdebatte führen wir zur Zeit aus der Defensive. Typisch war der Leitartikel von Gerhard Matzig in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Januar 2004 (»Im Jammerland der Kultur«), der in den Befürchtungen gegenüber den Sparmaßnahmen zu Lasten der Kultur »typische und typischerweise auch leere Floskeln« sah und eine »empörte, aber eigentlich nur empörende Jämmerlichkeit der Kulturfunktionäre« konstatierte. Das ist eine massive Verkennung der wichtigen Rolle der sogenannten Kulturfunktionäre, eine Abwertung derer, die in den Gremien der Entscheidungsträger die Kultur vertreten und für sie kämpfen. Soll denn ein Wolfgang Rihm selbst zum Beispiel bei einer Anhörung zum Urheberrecht oder zum Künstlersozialversicherungsgesetz die einzelnen Paragraphen mit den Abgeordneten im Parlament diskutieren? Diese geschmähten Mittler brauchen wir. Wir haben sie zum Beispiel im Kulturrat. In einer wütenden Replik auf Matzig wettet Helmut Lachenmann: »Als ob es um den wehleidig beklagten Verzicht auf Budgeterweiterung in A- oder B-Dorf ginge und nicht vielmehr um irreparable Flurschäden und Zerstörung von substanzieller Lebensqualität: ... zum Beispiel Abschaffung bzw. Gefährdung von Orchestern und Sendezeiten in Rundfunk-Programmen, ›Dienstleistungen‹, die sich nun einmal nicht ›rechnen‹, weil sie als geistige und ästhetische Herausforderungen – und erst dort geht es um Kunst, die den Namen verdient – sich den kommerziellen Kriterien des Entertainments gezwungenermaßen entziehen müssen.« ⁷

⁶ Hans Zender, *Kultur heißt Differenzierung*, in: Musik & Ästhetik 29 (2004), S. 97.

⁷ Helmut Lachenmann, *Was sich rechnet. Ein Komponist aus dem Jammertal: Helmut Lachenmann antwortet*,

Hier hilft nur eine offensive Diskussion über den Stellenwert der Kultur in unserer Gesellschaft.

Mahnkopf: Ein Dorn im Auge der Verächter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind deren aufwendige und »sich nicht rechnende« Klangkörper, vor allem die Orchester, die freilich, was die neue Musik betrifft, eine unverzichtbare Aufgabe übernehmen: Werke mit Modellcharakter exemplarisch aufzuführen und damit künstlerisch durchzusetzen. Um diese Vielfalt, die dabei entsteht, wird Deutschland weltweit beneidet. Können Sie sich erklären, warum es auch konservativen Politikern immer schwerer zu vermitteln ist, daß dies ein »Standortvorteil« ist?

Baum: Wir haben, das muß man sagen, eine – auch im Vergleich mit anderen Ländern – immer noch reiche Kulturlandschaft. Wir haben die meisten Orchester, ein gut funktionierendes Fördersystem. Aber es gibt eine schleichende Entwicklung des Abschmelzens. Auch in den Rundfunkanstalten wird gekürzt. So wird ihre Beteiligung an kulturellen Aktivitäten in der Fläche der Bundesländer reduziert. Immer provozierender wird gefragt: Brauchen wir überhaupt so viele Orchester? Nur, wenn die Kulturschaffenden kämpfen, werden sie wahrgenommen. »Musica viva« (BR) zum Beispiel muß ein Drittel des Etats einsparen. Wird dies einfach hingenommen, wird dieses Beispiel Schule machen. Das geringe Einsparvolumen steht im übrigen in keinem Verhältnis zu der negativen Wirkung, die es auslöst. Unsere Gesellschaft ist schon so durchökonomisiert, daß immer die Frage im Hintergrund steht: Rechnet sich das, was gemacht wird? Dieses Quotendenken ist das Gift unserer Spaßgesellschaft. In den mitunter unsäglichen Talkshows dominiert die Ökonomie im engeren Sinne. Manchmal wird noch über Pisa geredet. Daß Kultur ein unverzichtbares Element jeglicher Innovation ist, gerade auch dann, wenn es um tiefgreifende Reformprozesse geht, wird kaum wahrgenommen. Die Kultur wird in Nischen abgeschoben. Sie ist nicht Teil des nationalen Diskurses.

Mahnkopf: Ob als Antwort auf den Pisa-Schock, darauf, daß hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Ausland abwandern, oder darauf, daß der internationale Druck auf das (Aus-)Bildungssystem zunimmt – die Diskussionen über Bildung, Wissenschaft und Forschung überschlagen sich nicht erst, seit die Sozialdemokratie Unionsthemen wie Eliteuniversitäten für sich entdeckte. Die Unübersichtlichkeit der Argumente dürfte der Vielfalt und der Kompliziertheit der Probleme entsprechen. Kritiker befürchten eine Aushöhlung, wenn nicht Zerschlagung des Humboldtschen Ideals der Universität als Ort der Universalität des Wissens und Denkens und der Ideale des kommunikativen Zurverfügungstellens eben dieses Wissens und Denkens für die mo-

in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Januar 2004. Vgl. auch meinen Leserbrief vom 21. Januar 2004 *Mut aufbringen, um Neues zu wagen*.

derne Gesellschaft mit ihren komplizierten Konsensfindungen. Teilen Sie diese Befürchtung? Welche Chancen sehen Sie in den anstehenden Veränderungen?

Baum: Ich bin kein Bildungsfachmann. Ich habe den generellen Vorbehalt, daß mit der Förderung von Elitestrukturen einiger ausgewählter Universitäten eine Abwertung aller übrigen verbunden ist. Die Situation der Universitäten bedarf der Verbesserung. Dann kann man auch bestimmte Strukturen besonders fördern. Für unseren Bereich ist entscheidend, daß die ästhetische Bildung einen höheren Stellenwert erhält. Lachenmann hat dies kürzlich für den musischen Bereich an den Schulen eingefordert.⁸ Ich kann mich dem nur anschließen: Wir brauchen eine Einführung in das grundsätzliche Verstehen von Kultur. Wenn man einige Politiker heute hört, so gewinnt man in der Tat den Eindruck, daß wir es im Bereich der Kultur mit »Strafmaßnahmen« zu tun haben, wie Gerhard R. Koch das so treffend formuliert.⁹

Mahnkopf: Wenn der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki derlei öffentlich fordert, dann will er doch eine andere Republik. 1977 gab es bei »rororo aktuell« einen Band mit dem Titel »Briefe zur Verteidigung der Republik«. Bräuchten wir dergleichen heute für die Kultur?

Baum: Ja, das ist nötig. Alle, die »Jüngeren« wie auch die »Älteren« müssen deutlich ihre Stimme erheben. Ihr Schweigen wird als Kapitulation gedeutet.

Mahnkopf: Wenn infolge des neoliberalen Zeitgeistes Bildung, Kultur und nicht zuletzt Kunst immer stärker den Gesetzen des Markts, d. h. der Effizienz, des Profits und der schnellen Publikumresonanz (»Quoten«) unterworfen werden und dabei die Zahl der kritischen Stimmen, also der Befürworter eines anderen, eines demokratischen Kulturverständnisses abnehmen, wäre es dann nicht sinnvoll, die grundgesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland in diesem Punkte zu überdenken? Deutschland ist ein Rechts- und ein Sozialstaat (Art. 20 GG), aber nominell kein Kulturstaat. Daß Kultur Ländersache sei, ist ein schwacher Trost angesichts der zunehmenden »postnationalen« Struktur der modernen Weltgesellschaft. Wie denken Sie über eine Verfassungsreform, die auch juristisch festschriebe, was ohnehin soziale Wirklichkeit ist: daß nämlich ein demokratischer Rechtsstaat, um einer zu sein, auch ein Sozialstaat und ein Sozialstaat, um einer zu sein, auch ein Kulturstaat sein müsse?

Baum: Sie wäre sinnvoll, ich sehe aber gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg. Wir hatten einmal eine gute Gelegenheit, die Verfassung zu ändern, und zwar im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Ich habe mit anderen gemeinsam im Parlament den Antrag gestellt, einige Ergänzungen in die Verfassung aufzunehmen, z. B. den Minderheitenschutz – und das Kultur-

⁸ Helmut Lachenmann, *Aus einer Art Selbstgespräch . . .*, in: Musik & Ästhetik 29 (2004), S. 109.

⁹ Gerhard R. Koch, *Krisenoptimismus*, in: Musik & Ästhetik 29 (2004), S. 88.

staatsprinzip. Es kam nicht dazu. Wir hatten nicht die Mehrheit. Aber unabhängig davon hilft uns die Verfassung schon heute. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach den Kulturauftrag konkretisiert, und zwar dergestalt, daß der Staat die Verpflichtung hat, die Kultur aktiv zu fördern, also nicht nur zu dulden, nicht nur ihren Freiheitsraum zu gewährleisten, sondern eine aktive Förderung zu betreiben. Nur ist das im einzelnen nicht zu benennen. Kein Kulturreferent einer Stadt kann aus diesem Grundsatz unmittelbar etwas ableiten, außer einer einprägsamen Passage in seiner Rede. Und deshalb habe ich mich einmal gefragt, ob man nicht, ähnlich wie es beim Sozialstaatsprinzip immer wieder passiert ist, das Gericht zu einer Konkretisierung veranlassen könnte. Das Sozialstaatsprinzip ist ausgedeutet worden in Richtung der Förderung der Familien beispielsweise. Es gibt eine ganze Reihe von Urteilen im Bereich des Sozialstaats, aber es gibt keine Urteile, die das Kulturförderungsgebot konkretisieren. Das ist auch sehr schwierig. Aber man müßte einmal überlegen, ob nicht eine so gravierende Situation, die gegen das Förderungsgebot verstößt, es rechtfertigt, das Verfassungsgericht anzurufen. Das ist momentan eine sehr theoretische Überlegung, aber wir sollten sie durchaus anstellen. Wenn die Kultur wirklich unter die Räder gerät, beispielsweise im Verhältnis zu den anderen Zielen in einem öffentlichen Haushalt in einer solchen Weise überproportional gekürzt wird, daß kein ausgewogenes Verhältnis mehr zu den anderen Staatszielen besteht, so wäre zu überlegen, ob das Gericht nicht durch Verfassungsbeschwerde veranlaßt werden kann, das Kulturstaatsgebot noch deutlicher zu fassen. Bis dahin müssen wir Selbsthilfe betreiben.